

Stand: 06.05.2026 18:25:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2196

"Höchstspannungsleitung Lauchstädt - Meitingen aus dem Bundesbedarfsplangesetz streichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2196 vom 03.06.2014
2. Beschluss des Plenums 17/2282 vom 04.06.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Höchstspannungsleitung Lauchstädt – Meitingen aus dem Bundesbedarfsplangesetz streichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Höchstspannungsleitung Lauchstädt – Meitingen aus dem Bundesbedarfsplangesetz gestrichen wird.

Begründung:

Der Bundestag hat im April 2013 mit den Stimmen von CDU, CSU, FDP und SPD das Bundesbedarfsplangesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz wurde für 36 Vorhaben zum Ausbau der Höchstspannungsnetze die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgelegt. Zu diesen Vorhaben zählt auch die Höchstspannungsleitung Lauchstädt – Meitingen, die in Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Technik (HGÜ-Technik) ausgeführt werden soll.

Zahlreiche namhafte Wissenschaftler (u.a. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, von der TU Berlin, von der Hochschule Rhein-Main etc.) kommen jedoch zum Ergebnis, dass die Höchstspannungsleitung Lauchstädt – Meitingen für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit nicht erforderlich ist. Zudem würde über die von den Stromverbrauchern über die Netzentgelte zu finanzierende Trasse in erster Linie nicht Erneuerbare-Energien-Strom aus Norddeutschland, sondern Braunkohlestrom aus den Mitteldeutschen Kohlerevieren transportiert, so die Experten. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist daher der Ansicht, dass die im Bundesbedarfsplangesetz festgelegte energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Stromtrasse derzeit mitnichten gegeben ist.

Ministerpräsident Seehofer hat zuletzt mehrfach erklärt, dass die Stromtrasse nicht notwendig sei. Tatsächlich hat die Staatsregierung noch im Juni 2013 im Bundesrat die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Stromtrasse bejaht und darüber hinaus gegen die Möglichkeit einer Teilerdverkabelung auf der gesamten Trasse gestimmt. Daher bedarf es unseres Erachtens einer klaren Willensbekundung des Landtags, die Streichung des besagten Vorhabens aus dem Bundesbedarfsplangesetz anzustreben.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/2196

Höchstspannungsleitung Lauchstädt – Meitingen aus dem Bundesbedarfsplangesetz streichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Erwin Huber

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Martin Stümpfig

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Staatsministerin Ilse Aigner

Abg. Hubert Aiwanger

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Höchstspannungsleitung Lauchstädt - Meitingen aus dem Bundesbedarfsplangesetz streichen (Drs. 17/2196)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Erwin Huber, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)
Erforderlichkeit neuer Stromtrassen prüfen - Ablehnung der Gleichstrompassage Süd-Ost (Drs. 17/2209)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)
Stromversorgung in Bayern neu bewerten (Drs. 17/2210)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Debatte über den Netzausbau versachlichen - Energiewende und Versorgungssicherheit nicht durch populistische Energiepolitik gefährden (Drs. 17/2211)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Pohl. Bitte sehr, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion bittet heute um ein Votum, damit sich für die Bayerische Staatsregierung auf Bundesebene dafür stark macht, § 2 Absatz 1 des Bundesbedarfsplangesetzes in Verbindung mit der Nummer 5 der Anlage zu diesem Gesetz zu streichen, in denen die Gleichstromtrasse – wir nennen sie Kohlestromtrasse – von Lauchstädt nach Meitingen verankert ist.

Erfreulicherweise hat sich unser Ministerpräsident auf unsere Seite gestellt.

(Lachen bei der CSU)

Ich gehe auch davon aus, dass er als Mitglied des Bayerischen Landtags unserem Antrag zustimmen wird. Bei Ihrer Fraktion, speziell bei Ihnen, Frau Staatsministerin, bin ich mir nicht so sicher; denn Sie haben als Mitglied des Deutschen Bundestages im April 2013 diesem Gesetz in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Stimmen Sie unserem Antrag zu!)

Das ist ein gewisses Dilemma. Aber möglicherweise schließen Sie sich heute Ihrem Ministerpräsidenten an und korrigieren Ihr damaliges Votum im Deutschen Bundestag. Dies wäre zu wünschen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit Ihnen ist eine ungewöhnlich große Zahl von Menschen im Freistaat Bayern der Meinung, dass wir diesen Wahnsinn rechtzeitig stoppen müssen. Ich war am vergangenen Mittwoch im Bundeswirtschaftsministerium bei Staatssekretär Beckmeyer und habe gemeinsam mit verschiedenen Petenten insgesamt 130.000 Unterschriften unter diverse Petitionen übergeben. Eine von mir selbst initiierte Petition hat 22.000 Unterstützer in ganz Bayern gefunden.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Menschen gegen diese Art der Energiewende rebellieren. Ich zitiere den Herrn Ministerpräsidenten sinngemäß: Wir sind nicht aus der Atomkraft ausgestiegen, um dann in den Kohlestrom zu gehen. – Jawohl. Deswegen, so haben wir gesagt, dürfen wir dies nicht nur öffentlich bekunden, sondern wir müssen dies auch parlamentarisch umsetzen. Sie müssen im Bundesrat Ihre Möglichkeiten nutzen und, so hoffe ich, auch über die Landesgruppe der CSU im Bundestag darauf hinwirken, dass dieses Gesetz in der von uns gewünschten Form verändert wird.

Allzu groß war meine Hoffnung nicht, als ich den Termin am letzten Mittwoch wahrgenommen habe. Denn Staatssekretär Beckmeyer steht zu dieser Kohlestromtrasse, auch wenn Ihre Parlamentarier – Herr Koschyk und Herr Brandl waren mit dabei – vehement opponiert haben. Das hat ihn relativ wenig interessiert.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sein Parteivorsitzender steht auch sehr auf unserer Seite!)

- Das ist schön. Ich konnte jetzt den Finger nicht deuten – sein Parteivorsitzender oder sein Parteivorsitzender? Wenn beide Parteivorsitzenden auf unserer Seite stehen, dann bekommen wir mit unserem Antrag heute im Bayerischen Landtag eine große Mehrheit. Aber was noch wichtiger ist: Wir bekommen die notwendige Gesetzesänderung durch. Die Energiewende ist wichtig; aber wir müssen sie so ausgestalten, dass keine schweren, irreparablen Schäden angerichtet werden, weder an Mensch und Natur noch an den Zielen der Energiewende. Stellen Sie sich vor, die Kohlestromtrasse würde gebaut: Sie würde die Fläche einer sechsspurigen Autobahn in Anspruch nehmen, und die Leitungen verliefen in 80 Metern Höhe. Welch großen Eingriff das in die Natur bedeutet, muss ich sicherlich nicht näher ausführen.

Alle Parteien im Bayerischen Landtag haben Anträge nachgezogen. Die CSU-Fraktion verdeutlicht in ihrem Antrag, dass sie die Kohlestromtrasse ablehnt; sie fordert die Staatsregierung aber lediglich dazu auf, Gespräche zu führen. Herr Kollege Kreuzer und Herr Kollege Zellmeier, Ihr Antrag geht zwar in die richtige Richtung, reicht aber

definitiv nicht aus. Gespräche zu führen, ist schön und recht, aber Gespräche müssen zielführend sein. Wir haben das entsprechende Instrumentarium. Zu Ihrem Antrag werden wir uns der Stimme enthalten.

Die SPD-Fraktion fordert lediglich die Überprüfung der Notwendigkeit der Leitung. Liebe Kollegen, denken Sie bitte noch einmal nach! Eine Überprüfung – das ist noch deutlich weniger als das, was die CSU fordert. Bei einer Überprüfung ist noch nicht einmal klar, in welche Richtung die Reise gehen soll. Wegen dieser Unklarheit müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

Die GRÜNEN fordern sowohl die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Technik als auch die Erdverkabelung. Ich gebe zu, dass die Erdverkabelung ein Fortschritt wäre. An dieser Stelle zitiere ich allerdings aus der Antwort der Bundesregierung, Drucksache 18/1177, auf die Kleine Anfrage des GRÜNEN-Bundestagsabgeordneten Oliver Krischer und anderer. Darin heißt es eindeutig, dass die Erdverkabelung nur "für ausgewählte Pilotvorhaben und klar definierte Ausnahmefälle" vorgesehen werde. Das bedeutet, dass wir die Erdverkabelung selbst dann nicht realisieren könnten, wenn wir diese Trasse wollten, was bekanntlich nicht der Fall ist.

Es wird darüber fabuliert, dass eine ganz neue Trasse – von der Ostsee nach Landshut – kommen könne. Die Landshuter wird das sicherlich freuen. Mit dem Hinweis auf die Ostsee will man wohl suggerieren, es handele sich nicht um Braunkohlestrom.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Die Meldung ist falsch!)

- Die Meldung ist falsch? Okay. Dann ist das geklärt. Ich habe aber aus Ihren Reihen schon andere Meinungsäußerungen vernommen.

Es mag sein, dass an der Ostsee mehr Windstrom gewonnen werden kann als in Bad Lauchstädt in Sachsen-Anhalt oder 100 Kilometer weiter, in der Lausitz. Im Bundesbedarfsplangesetz ist aber die Trasse von Bad Lauchstädt nach Meitingen festgeschrieben, und um diese Trasse geht es. Wir diskutieren nicht über hypothetische Trassen,

über die die "Süddeutsche Zeitung" und andere Blätter spekulieren; wir diskutieren über das, was vonseiten des Gesetzgebers auf dem Tisch liegt.

Wir in Bayern sind weder Abnehmer ostdeutschen Braunkohlestroms noch Unterstützer des ostdeutschen Braunkohleabbaus. Ich kann durchaus verstehen, dass ein Abgeordneter, der seinen Wahlkreis in Görlitz hat oder der in Weißwasser oder Boxberg wohnt – ich habe mir vor einigen Wochen die Situation dort angesehen –, sich wie alle regionalen Akteure um die Arbeitsplätze vor Ort sorgt, vor allem bei einer Arbeitslosigkeit, die wir in Bayern – Gott sei Dank! – nicht haben.

Als bayerische Parlamentarier und als diejenigen, die eine saubere Energiewende wollen, können wir jedoch nicht nur wegen regionaler Interessen in Ostsachsen oder in Sachsen-Anhalt langfristig Braunkohlestrom von dort abnehmen. Das widerspräche den Zielen der Energiewende. Wenn Staatssekretär Beckmeyer am vergangenen Mittwoch sagte, Braunkohlestrom sei eben billig, entgegne ich: Dieses Argument ist auch ein wenig billig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir setzen auf regionale Energieversorgung. Wir haben zwar keine Mehrheit für unseren Vorschlag bekommen, die regionale Wertschöpfung in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Aber als Ergebnis der Verfassungsänderung, die am Tag der vergangenen Landtagswahl gebilligt wurde, steht trotzdem fest: Regionalität ist ein wichtiges Ziel. Das muss auch für die Energieversorgung gelten. Deswegen sind wir für regionale Energieerzeugung bzw. -versorgung. Wir brauchen keine Gleichstromtrasse.

Nebenbei bemerkt: Aus der Antwort der Bundesregierung auf die zitierte Kleine Anfrage ergibt sich zudem, dass die Kohlestromtrasse eine Entlastung für durch Polen und Tschechien verlaufende Leitungen sein soll. Dass wir die polnische und die tschechische Energieversorgung durch eine Trasse quer durch Sachsen und Bayern substituieren sollen, erschließt sich mir nun gar nicht.

Wir sagen klar und deutlich Nein zur Kohlestromtrasse. Wir sagen Nein zu der Höchstspannungsleitung Bad Lauchstädt – Meitingen. Im Rahmen unserer parlamentarischen Verantwortung beantragen wir, dass diese Hohe Haus die Bayerische Staatsregierung beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass diese Kohlestromtrasse nicht gebaut wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Kolleginnen und Kollegen, ich gebe bekannt, dass zu allen Dringlichkeitsanträgen dieses Tages bereits namentliche Abstimmung beantragt wurde. Das heißt, zu den vier Anträgen, über die wir gerade beraten, und zu dem nächsten Viererblock wird es namentliche Abstimmungen geben. - Nächster Redner ist Herr Kollege Erwin Huber. Bitte schön.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist einigermaßen frivol, wenn der Vertreter der FREIEN WÄHLER hier sagt, der Ministerpräsident habe sich den FREIEN WÄHLERN angeschlossen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frivol?)

In Wirklichkeit war es so: Nachdem der Ministerpräsident und die CSU diese Trasse thematisiert hatten, sind die FREIEN WÄHLER hinterhergedackelt, aber sie sind nicht vorangegangen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Instrument, das Sie vorschlagen, ist ein reiner – ich füge hinzu: billiger – Schaulfensterantrag. Ich spreche Ihnen die Ernsthaftigkeit bei diesem Thema ab.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das Einzige, was Sie wollen, ist, mit einem Dringlichkeitsantrag durch das Land zu gehen und Aktivität vorzutäuschen. Die FREIEN WÄHLER haben weder in Bayern noch im Bund etwas zu sagen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da täuschen Sie sich!)

– In Europa haben Sie auch nichts zu sagen, Herr Aiwanger.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie auch nicht!)

Jetzt muss man fragen: Wie kommt man weiter? - Blicken wir auf die Tatsachen. Diese Trasse ist zunächst durch Amprion, jetzt auch durch TenneT in das Dialogverfahren gelangt. Wir stellen fest, dass die Übertragungsnetzbetreiber die Investoren sind. Nicht der Staat investiert, sondern diese Unternehmen investieren. Sie stellen die entsprechenden Anträge. Nach Bundesgesetz sind sie verpflichtet, ein Dialogprogramm durchzuführen. Was Amprion im Dialogprogramm gemacht hat und an Information für die Bürger geliefert hat, war in keiner Weise befriedigend. So kann man mit dem Bürger nicht umgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da sind wir einer Meinung!)

Ich will die einzelnen Mitarbeiter nicht angreifen; sie können sich ja nicht wehren. Es geht aber nicht, dass ein, zwei Leute anwesend sind, die auf die wesentlichen Fragen der Bürger und der Bürgerinitiativen keine Antworten geben können. Wir erwarten, dass jene, die investieren wollen, und jene, die Netze bauen wollen, den Bedarf derartiger Leitungen, ganz gleich welcher, dem Bürger in überzeugender Weise darstellen und sich nicht einfach hinter einem Bundesgesetz verschanzen und sagen: Über das Ob reden wir nicht, das ist Sache der Politik. Das trifft nicht zu; denn die Anträge zu verschiedenen Trassen kommen von den Betreibern, und deshalb sind sie auch uneingeschränkt auskunftspflichtig, was den Bedarf und den Verlauf angeht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt zu Ihrer Polemik gegen Ministerin Aigner. Wenn Sie, Herr Kollege Pohl, statt in der Weltgeschichte herumzufahren, den Bericht der Staatsregierung - -

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das ist jetzt keine Polemik?)

- Jeder weiß doch, dass es am billigsten ist, Unterschriften irgendwo hinzukarren. Das ist Ihre Methode. Sie hätten den Bericht der Staatsregierung vom 6. Mai lesen sollen. Die Wirtschaftsministerin hat Ausführungen gemacht, die ich wörtlich zitieren werde. Die FREIEN WÄHLER haben im Februar nur einen Berichtsantrag gestellt. Wir, die CSU, haben im Februar den Antrag gestellt, diese Trassen nach Bedarf und Notwendigkeit zu überprüfen und eine Folgenabschätzung vorzunehmen. Dies ging wesentlich weiter als ein billiger Berichtsantrag. Aufgrund eines Beschlusses hat die Wirtschaftsministerin Folgendes geantwortet – ich darf dies wörtlich zitieren –: Im Hinblick auf den Ausbau der Übertragungsnetze hat die Bayerische Staatsregierung, wie vom Landtag gefordert, durchgesetzt, dass die Übertragungsnetzbetreiber die Netzausbaupläne zurückgestellt haben. Zugleich hat sich die Staatsregierung gegen den Bau der Gleichstrompassage Süd-Ost von Lauchstädt nach Meitingen ausgesprochen, weil dort vor allem Braunkohlestrom transportiert werden soll.

Das ist eine klare Aussage. In dem Bericht der Ministerin geht es weiter: Eine vollständige Berücksichtigung der EEG-Reform wird im Netzentwicklungsplan 2015 erfolgen, für den derzeit der Szenario-Rahmen durch die Übertragungsnetzbetreiber erstellt wird.

Ich stelle fest: Die Staatsregierung hat den Auftrag des Bayerischen Landtags nicht nur erfüllt, sondern hat dazu beigetragen, dass Planung und Verfahren der Süd-Ost-Passage gestoppt worden sind. – Auftrag erfüllt; gut gearbeitet.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung und wir als CSU-Fraktion fühlen uns in der Tat als Vertreter der Bürger.

(Inge Aures (SPD): Was?)

- Dies gilt in zweifacher Hinsicht. Da müssen Sie etwas tiefer bohren, als Sie das üblicherweise tun, Frau Aures.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Wir können schon tief bohren!)

Erstens geht es darum, die Einwände und Belange der Bürger zu berücksichtigen, die an diesen geplanten Trassen leben oder leben müssen. Sie haben ein legitimes Anliegen, das die Politik aufnehmen und abwägen muss.

Das Zweite betrifft alle Stromverbraucher: die Wirtschaft und die Haushalte. Der Bundesbedarfsplan enthält insgesamt 36 Leitungen; die Versorgungsnetze kommen noch dazu. Die Investitionen und der Unterhalt dieser Leitungen sind sehr teuer. Dies wird durch den Regulierer, also durch die Bundesnetzagentur oder den bayerischen Regulierer, auf den Stromverbraucher umgelegt. Meine Damen und Herren, ich sage voraus: Das Risiko von Strompreiserhöhungen in der Zukunft liegt weniger bei der EEG-Umlage – das werden wir hinbekommen –, sondern das Risiko von Strompreiserhöhungen liegt in der Zukunft sehr viel mehr bei den Netzentgelten. Deshalb müssen wir mit strengsten Maßstäben darauf achten, dass nur entsprechend dem Bedarf investiert und genehmigt wird. Für einen Betreiber solcher Netze ist es relativ einfach, die Entgelte zu kassieren. Es handelt sich um eine Monopolrendite, da man ein Monopol in einem Netz hat. Deshalb ist es notwendig, dass der Regulierer vorher prüft: Ist eine Trasse notwendig? In welchem Umfang ist sie notwendig? Wie kann man das Ganze reduzieren? Nur dann vertreten wir die Interessen der Stromverbraucher – der Wirtschaft und der Haushalte – richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Hinsichtlich des Bedarfs bin ich auch der Meinung, dass die örtliche Erzeugung Vorrang vor der Übertragung hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist völlig klar. Deshalb möchte ich neben den vielen, die investieren, auch den Kommunen eine große Anerkennung aussprechen. Nach dem Beschluss zur Energiewende vor drei Jahren haben die Bürgermeister und die kommunalen Gremien mit großem Engagement lokale und regionale Entwicklungskonzepte ausgearbeitet und haben auch investiert. Wir wären nicht so weit, wenn es dieses kommunale Engagement nicht gäbe. Das möchten wir ausdrücklich anerkennen.

(Beifall bei der CSU)

Viele Bürger haben auch unter Risiken viel Geld investiert. Auch das möchte ich anerkennen. Wir sind an der Spitze, was Photovoltaik und Wasserkraft angeht. Dass der Wind im Norden viel häufiger weht, wissen wir. Ich möchte aber durchaus auch der E-Wirtschaft meine Anerkennung aussprechen. Halten wir uns vor Augen, meine Damen und Herren, dass das Bayernwerk mit Sitz in Regensburg heute Strom einspeist, der mit 250.000 Photovoltaikanlagen erzeugt wird. Das ist eine doch sehr starke technische Leistung, die wir auch anerkennen wollen, meine Damen und Herren. Das sollte man auch einmal im Parlament sagen.

Es geht also nicht nur darum, Herr Kollege Pohl, einfach nur die Muskeln zu zeigen und zu sagen: Jetzt marschieren wir nach Berlin; das Gesetz soll geändert werden. Sie brauchen dafür eine Mehrheit im Bundestag; Sie brauchen eine Mehrheit im Bundesrat; Sie brauchen ein überzeugendes Gegenargument. Sie bringen Schaufensteranträge – hier wird Politik gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Der Ministerpräsident hat heute in unserer Fraktion berichtet, dass sich die drei Parteivorsitzenden damit beschäftigt haben und dass es zwischen Wirtschaftsminister Gabriel, Ministerpräsident Horst Seehofer

(Lachen bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Er ist Ihnen gerade noch eingefallen!)

- ich lobe Sie gerne, Herr Ministerpräsident - ,

(Beifall bei der CSU)

und der Bundeskanzlerin eine Festlegung gibt, nach Alternativen zu suchen. Dieser Weg ist der einzig zielführende. Sie wollen nur plakativ etwas vorweisen. Das ist aber zu kurz gesprungen.

Die SPD hat in der Tendenz eigentlich einen richtigen Antrag gestellt.

(Beifall der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD) – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jetzt wird es gefährlich!)

Frau Kohnen muss als Generalsekretärin aber Flagge zeigen. Deshalb können wir diesem Antrag leider nicht zustimmen. - Der Antrag der GRÜNEN ist aus meiner Sicht unrealistisch, Herr Stümpfig. 100 % regenerative Energien sind jenseits der Realität. Außerdem kann ich Ihnen einen Vorwurf nicht ersparen: Sie regieren in Nordrhein-Westfalen; dort gibt es eine rot-grüne Regierung. Nordrhein-Westfalen ist das Land, das am entschiedensten für Kohleverstromung eintritt. Hier zu sagen, dass man gegen die Kohle ist, aber dort, wo Sie regieren, für die Kohle zu sein, ergibt keinen gemeinsamen Nenner, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Der Antrag der FREIEN WÄHLER – das habe ich zur Genüge ausgeführt – ist ein alter Ladenhüter, den wir Ihnen nicht abkaufen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zum Antrag der CSU.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Offensichtlich möchte sich der Kollege Pohl jetzt noch zu einer Zwischenbemerkung melden. Sehe ich das richtig? – Nächstes Mal bitte ein bisschen früher, Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie haben das richtig gedeutet, Frau Präsidentin! - Herr Kollege Huber, Sie lernen auf die alten Tage noch Große Koalition. Respekt! Aber Sie sollten doch die Daten richtig wiedergeben.

Am 3. Februar dieses Jahres habe ich angekündigt, die Petition ins Netz zu stellen. Das ist dann am 4. Februar erfolgt. Am 5. Februar haben Sie, Herr Ministerpräsident, das Moratorium verkündet. Wenn Sie jetzt sagen, hier werde nur geredet und dort werde Politik gemacht, dann kann ich Ihnen nur entgegenhalten: Sie haben die Regierungsverantwortung. Sie stehen also für die Kohlestromtrasse, die mit der Mehrheit Ihrer Partei im Deutschen Bundestag beschlossen wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben es in der Hand, das, was Sie als Fehler erkannt haben – das ist anerkennenswert! –, jetzt zu beseitigen.

Unsere Aufgabe ist es, Sie dabei anzutreiben. Wenn Sie der Meinung sind, dass man in der Weltgeschichte herumfährt, wenn man wegen dieses Themas ins Bundeswirtschaftsministerium fährt, dann ist das Ihre eigene Logik. Ich werde dem Landrat von Bayreuth ausrichten, dass der ehemalige CSU-Vorsitzende das als Kaffeefahrt abtut. 130.000 Petenten werden über diese Äußerung sicherlich den Kopf schütteln, Herr Kollege Huber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Huber.

Erwin Huber (CSU): Ich habe gesagt, Sie dackeln hinterher, und ich belege es damit, dass die Staatsregierung längst tätig war, bevor Sie mit Ihren Aktivitäten überhaupt

begonnen haben. Zur Unterstellung, wir seien für die Kohletrasse, nur eines: Entweder können Sie nicht lesen, oder Sie sind böse. Im Antrag der CSU steht deutlich, dass wir die Staatsregierung in der Ablehnung dieser sogenannten Kohletrasse unterstützen. Das steht dort eindeutig.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Pohl, ich bin gerne bereit, Ihnen das vorzulesen, wenn Sie nicht in der Lage sind, das in anderer Weise aufzunehmen.

Ein Letztes. Sie sagen, Sie seien der Antreiber der CSU.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Natürlich, so ist es!)

Da lachen die Hühner. Die FREIEN WÄHLER als Antreiber - dies sehe ich nicht einmal mit dem Fernglas, soweit sind Sie von uns entfernt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Kollege Huber. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist Kollege Pohl als Energiesprecher noch nie aufgefallen. Nach seiner Rede habe ich nun die Gründe verstanden. Die Behauptung, dass wir Tschechien und Polen mit unserer Trasse substituieren, lässt mich staunen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Leitungen, nicht die Länder!)

Der Punkt ist doch folgender. Im Moment produziert Deutschland im Norden sehr viel erneuerbare Energie. Dieser Strom fließt über die Grenzen hinweg durch Polen und Tschechien, weil wir diese Menge nicht mehr in unserem Netz halten können. Diese Länder übernehmen etwas, um diese Dinge auszugleichen. Sie haben aber keine Lust mehr darauf, Herr Pohl, weil ihre Netze inzwischen auch in die Knie gehen. Sie überle-

gen bereits, ob sie Phasenwechsler einbauen müssen, damit dieser Strom nicht mehr in ihre Länder fließt. Damit hätten wir ein deutschlandweites Problem; denn der Norden hat zu viel erneuerbaren Strom, der Süden zu wenig.

Ihnen dürfte bekannt sein, dass wir in Bayern 47 % Atomstrom haben. Ich habe von Ihnen nichts dazu gehört, wie wir das Ganze in Ordnung bringen könnten.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Doch!)

Die SPD sagt klipp und klar: Wir prüfen. Von Ihnen höre ich nur, dass Sie das nicht wollen, aber ich höre nicht, was Sie wollen.

(Beifall bei der SPD – Anhaltende Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Angeblich soll es eine regionale dezentrale Versorgung geben.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich mit Ihrem Kollegen Thorsten Glauber bei seriösen Energiegesprächen beispielsweise in Parlamentsseminaren zusammentreffe, sehe ich: Er hat Ahnung. Herr Glauber, der heute leider nicht da ist, erklärt dort nämlich, dass zu prüfen sei, wie man die Energiewende in Bayern schaffen könne. Nichts anderes ist unsere Aufgabe. Dafür braucht es allerdings ein Energiekonzept, das wir uns schon sehr viel früher und schneller gewünscht hätten. So viel dazu. Es ist einfach blöder Populismus, den Sie heute gebracht haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bezüglich des Antrags der GRÜNEN sind Sie, Herr Huber, glaube ich ein bisschen zu viel "Brutal-Huber". Die GRÜNEN haben einen guten Antrag formuliert, dem zugestimmt werden kann.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie haben sich verändert; das sage ich jetzt einmal ganz klar. Sie sind realistisch geworden; denn Sie schreiben in Ihrem Antrag im Konjunktiv von einem übergeordneten Ziel, das man gerne erreichen würde. Und Sie fordern beim Kohlestrom einen geordneten Ausstieg. Das ist alles in Ordnung. Dem kann man zustimmen, aber Ihrem Naturell entspricht das möglicherweise nicht. Das macht allerdings nichts; denn ich glaube, die GRÜNEN sterben nicht daran.

Ich komme nun zum Antrag der CSU. Ich glaube, eines müssen wir uns alle hier in diesem Parlament fragen. Können die Menschen vor Ort, die diese Trassenführung relativ abrupt vorgelegt bekommen haben, damit leben? Sie können das nicht; das kann ich verstehen, und ich glaube, das kann jeder hier im Hohen Hause verstehen. Eigentlich bin ich mir da sicher. Diese Menschen sind schlichtweg überfahren worden. Das liegt natürlich an der Informationspolitik in Bayern, die bereits vom Kollegen Erwin Huber angesprochen wurde.

Wer aber definitiv nicht überfahren wurde, ist die CSU. Wenn sich der Ministerpräsident vor einem Jahr, zwei oder drei Jahren bei der CSU-Regierungsbeteiligung in Berlin an der Netzplanung beteiligt und sie beschließt und den damaligen Antrag der SPD auf Erdverkabelung und Mindestabstände ablehnt, kann er nicht im Februar 2014 sagen: Hoppla, da kommt eine Trasse nach Bayern, na, so etwas, davon hab ich noch nie etwas gehört. So funktioniert das Ganze nicht, Herr Seehofer. Das ist nicht aufrichtig.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns doch die Frage stellen: Die Menschen vor Ort, sei es im Fichtelgebirge, in Bayreuth, in Meitingen oder sonst wo – auch Weiden, wo andere Trassenvarianten diskutiert werden –, haben ein Anrecht auf Ehrlichkeit in der Debatte. Es hilft nicht zu sagen, du bekommst es nicht, dann den Mund zu halten und zu warten, möglicherweise gar Gespräche hinter verschlossenen Türen zu führen und dann zu sagen, dann bekommt halt der Nächste die Trasse. Das ist das Sankt-Florians-Prinzip. Die

Frage, die wir ehrlich beantworten müssen, lautet: Wie machen wir die Energiewende in Bayern? Das heißt, wie schaffen wir es, den Atomstrom, der bis 2021 vom Netz geht, zu kompensieren? - Zur Beantwortung dieser Frage war übrigens die Debatte, die wir vor zwei Stunden geführt haben, nicht sehr hilfreich. Die 10-H-Regelung ist alles andere als hilfreich, und es ist nicht richtig, eine solche Debatte abwürgen zu wollen.

Wir sagen klipp und klar: Je mehr erneuerbare Energien wir in unserem eigenen Lande schaffen, desto weniger Leitung brauchen wir. Das gilt es nach vorne zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unser Ziel. Es geht darum, die erneuerbaren Energien nach vorn zu bringen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das ist doch falsch, was Sie da sagen!)

- Das ist nicht falsch, was ich jetzt gesagt habe. Sorry. Sie haben oft so ein Bauchgefühl, wo Sie dann immer etwas rauslassen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Der Strom muss aus Bayern doch auch wegfließen!)

- Ja natürlich, der Strom muss auch wegfließen können. Sie haben aber doch gesagt, wenn wir in den Jahren 2020/2021 ein Problem bekommen, lösen wir das über die Importe.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das habe ich nicht gesagt!)

- Natürlich haben Sie das gesagt, aber wahrscheinlich erinnern Sie sich nicht daran. 20/21 machen wir das über Importe, haben Sie gesagt. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass wir aus Fessenheim importieren. Das ist das älteste AKW in Frankreich. Stellen Sie sich doch einmal hierher und erklären uns, woher der aus erneuerbaren

Energien erzeugte Strom kommen wird. Erklären Sie uns das bitte; wir wissen es nicht. Es gibt kein real existierendes Energiekonzept.

Darauf basiert unser Antrag; er ist klipp und klar. Es muss endlich ein Energiekonzept her, damit jeder weiß, wo es langgeht. Das weiß bisher kein Mensch. Das ist Blindflug. Es ist Kamikaze, was hier im Moment geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen weniger Leitungen und mehr erneuerbare Energien aus Bayern. Das geht nur über einen Prüfauftrag. Ihren CSU-Antrag finde ich extrem spannend. Sie sagen einerseits, Sie lehnen etwas aus Prinzip ab. Ich bin gespannt, ob Sie diese Zusage jemals halten können. Ich fürchte, das auch das eine verlogene Kiste ist; denn gleichzeitig schreiben Sie im nächsten Absatz: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Gespräche über Notwendigkeit wie auch Alternativen dazu mit der Bundesregierung fortzuführen." Warum wollen Sie Gespräche über die Notwendigkeit führen, wenn Sie die Gleichstrompassage in der vorausgehenden Aussage ablehnen? Das erscheint mir nicht logisch. Im vorhergehenden Satz lehnen Sie die Gleichstrompassage Süd-Ost ab. Gleichzeitig wollen Sie Gespräche über die Notwendigkeit führen. Das nenne ich fast schon schizophren. Aber es ist gut. Herr Huber, es wäre interessant - -

(Zuruf von der CSU)

- Das ist zu grob für Sie; das macht nichts. Sie erklären mir das nachher sicherlich noch mal. Erklärt ihr als CSU uns doch endlich einmal, woher ihr den Strom in Bayern bekommen wollt.

(Unruhe)

- Nein, es geht darum, dass ihr ein Energiekonzept vorlegt, damit wir diese Trasse nicht brauchen. Das verlangen wir von euch.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Kohnen. Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Netzausbau ist ein wesentlicher Mosaikstein unserer Energiewende, kein Spielfeld für Populisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen darüber eine sachliche Debatte. Die hat in den letzten Monaten gefehlt. Deswegen finden wir uns nach unserer Einschätzung jetzt da wieder, wo wir heute stehen, und haben zum Teil vor Ort sehr viele Schwierigkeiten.

Für uns ist ganz klar, dass wir die Notwendigkeit nochmals auf den Prüfstand stellen müssen. Wir brauchen eine verbesserte Informationspolitik. Wir brauchen auch die Möglichkeit zur konsequenten Erdverkabelung. Wir brauchen einen verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien und den Ausstieg aus dem Kohlestrom. Das sind für uns die Grundpfeiler.

Es ist lächerlich, wenn der Bayerische Landtag heute per Beschluss in einer halbstündigen Debatte entscheiden soll, ob die Süd-Ost-Leitung erforderlich ist oder nicht. Mit genau dieser Frage haben sich Wissenschaftler schon mehrere Jahre beschäftigt. Es gibt durchaus Wissenschaftler, die die Frage sehr kritisch sehen, ob wirklich ein Bedarf besteht. Andererseits meinen sehr viele Wissenschaftler, ohne diese zusätzliche Leistung wird es nicht gehen. In Bayern gibt es einen sehr hohen Strombedarf. Frau Kohnen hat schon angesprochen, dass es in Bayern nahezu 50 % Atomkraftstrom gibt, den wir in den nächsten Jahren abschalten wollen. Woher kommt die Lösung, wenn der Strom nicht wie Regen vom Himmel fällt? - Diese Fragen müssen wir uns stellen. Da können wir heute nicht einfach behaupten, dass wir die Leitung nicht brauchen. Wir denken auch nicht, dass wir die Lösung haben. Wir GRÜNEN haben die Weisheit auch nicht mit Löffeln gefressen. Das ist uns schon klar.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe schon immer auf einen Applaus von der rechten Seite gewartet; herzlichen Dank. Jetzt zu behaupten, wir brauchen die eine oder andere Leitung nicht, geht viel zu weit; das weiß hier im Raum bei uns keiner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit würden wir den Wissenschaftlern vorweggreifen. Diese Debatte taugt einfach nicht für eine Schwarz-Weiß-Malerei. Wir GRÜNEN haben in den letzten Monaten sehr viele Informationsveranstaltungen durchgeführt. Wir waren draußen vor Ort, haben öffentliche Debatten geführt und haben uns richtig abwatschen lassen. Das geschah für unsere Meinung, die lautet: Jawohl, es ist kein einfacher Weg; wir wollen raus aus der Atomkraft, und wir wollen raus aus der Kohle. Wie schaffen wir es, dass es in Bayern trotzdem Versorgungssicherheit gibt? - Diese Fragen beschäftigen uns sehr. Wir wollen 100 % erneuerbare Energien. Herr Huber, vielleicht sind es letztendlich keine 100 %, sondern meinetwegen 95 oder 90 %. Aber das schaffen wir, wenn wir Speicher bauen und verschiedene Möglichkeiten nutzen. Dann ist es ein realistischer Weg.

Wir stellen uns einer Debatte. Das betone ich ausdrücklich. Wir stellen uns hin und sagen: Jawohl, wir diskutieren mit euch. Wir veranstalten zum Beispiel am 5. Juli einen großen Kongress in Nürnberg. Dazu laden wir zahlreiche Vertreter von Bürgerinitiativen ein, und wir laden Fachleute ein, einige sind dafür und einige dagegen. Da tritt ein Herr von Hirschhausen genauso auf wie ein Herr Ahmels. Uns geht es darum, eine sachliche Debatte zu führen, nicht darum, pauschal eine andere Trasse abzulehnen; denn das ist reiner Populismus, der auf nichts aufbaut und mit Sachlichkeit nichts zu tun hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Pohl, Sie haben vorhin von Frau Kohnen eine Breitseite bekommen. Das kann ich eigentlich gar nicht mehr toppen. Als es um das Warum ging, haben Sie gesagt: Das verstehe ich nicht, was haben Tschechien und Polen damit zu tun? Aber ich glaube, die Erklärung hat gereicht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie hat es nicht verstanden!)

Danach haben Sie gesagt: Deshalb sagen wir Nein.

Auf genau dieses Niveau wollen wir uns nicht herablassen. Wir wollen nicht, dass wir Zusammenhänge nicht verstehen und dann daraus ein Nein folgern. Wo sind wir denn? Dafür haben wir doch unsere Wissenschaftler. Wir wollen eins zu eins zu einer Lösung kommen, nicht einen Schnellschuss machen. Das wäre der besagte Populismus, den wir kritisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir stehen vor einer großen Herausforderung. Wir wollen weg von den fossilen Energien und hin zu nahezu 100 % erneuerbaren Energien. Wir wollen aus der Atomkraft aussteigen. Wir wollen mehr erneuerbare Energien. Problematisch ist nur, dass diese erneuerbaren Energien volatil sind, das heißt, sie sind nicht ständig verfügbar. Wir müssen unser komplettes Energiesystem umbauen und uns weg vom zentralen hin zum dezentralen Stromnetz bewegen. Ich kann jedem Kindergartenkind erklären, dass wir unser Stromnetz umbauen müssen. Wir werden einen gewissen Umbau brauchen; das ist ganz klar. Einige von Ihnen wehren sich dagegen und wenden ein: Moment, ist das wirklich so notwendig? Dafür gibt es Fachleute, die feststellen, dass wir dieses oder jenes tun müssen, wenn wir unser Stromnetz umbauen wollen. Alle Fachleute sind sich darüber einig, dass es angesichts des großen Strombedarfs in Bayern sinnvoll ist, mehr erneuerbare Energie zu erzeugen. Das ist eine ganz einfache Folgerung. Damit sind wir wieder beim Thema. Es ist schon ein Treppenwitz der Geschichte, dass wir heute hier die 10-H-Regelung diskutieren und sie ablehnen und gleichzeitig darü-

ber sprechen, dass wir weniger Leitungen brauchen. Verstehen Sie den Zusammenhang nicht, Herr Seehofer? Das eine hat mit dem anderen direkt zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Huber, Sie haben gesagt: Die örtliche Erzeugung hat Vorrang vor der Übertragung. Das ist ja schön und recht. Doch wenn wir mit der 10-H-Regelung die örtliche Erzeugung abrasieren, wo bleibt dann noch der Vorrang? Das stelle ich schon sehr infrage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Notwendigkeit noch einmal überprüft wird. Das ist im Verfahren sowieso vorgesehen. Die Rahmenbedingungen werden sich ändern. Durch das EEG wird jedoch leider die Entwicklung eintreten, dass Anlagen für Windkraftenergien hauptsächlich an relativ windstarken Standorten gebaut werden. Sie werden also vorrangig nicht in Süddeutschland entstehen. Das neue EEG, an dem SPD und CDU/CSU mitgearbeitet haben, wird nicht dazu beitragen, dass wir im Süden Deutschlands weniger Leitungen brauchen. Genau das Gegenteil wird es bewirken. Wir werden wieder in der nördlichen Hälfte mehr und in der südlichen Hälfte von Deutschland weniger Windkraft haben. Dieses Dilemma müssen wir überwinden. Man kann sich mit Wissenschaftlern unterhalten wie zum Beispiel mit Herrn Dr. Ahmels, der sagt: Wir bräuchten eine gleichmäßige Verteilung aller Erzeugungsanlagen in Deutschland. Wenn das der Fall wäre und Windkraft- und Photovoltaikanlagen gleichmäßig verteilt würden, bräuchten wir definitiv weniger Leitungen. Das werden wir aber mit diesem EEG nicht erreichen. Deswegen kritisieren wir das EEG und kämpfen stetig gegen dieses Erneuerbare-Energien-Gesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Stadt Ansbach war ich elf Jahre lang Strahlenschutzbeauftragter. Nach meiner Einschätzung haben wir bei der ganzen Debatte versäumt, der Bevölkerung zu erklä-

ren, welche Emissionen von einer Gleichstromtrasse ausgehen. Das Magnetfeld ist vergleichbar mit dem Erdmagnetfeld. In der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes steht noch nicht einmal ein Grenzwert für Gleichstrom, weil Gleichstrom biologisch nicht schädlich ist. Wo sind denn diese Debatten? Wo ist denn die Aufklärung, bei der der Bevölkerung erklärt wird, dass sowohl das magnetische als auch das elektrische Feld bei Gleichstrom unproblematisch ist? Dann gäbe es draußen eine ganz andere Diskussion, und wir müssten nicht in der Meistersingerhalle vor Pfeifkonzerten stehen. Dann stünden wir nicht vor so massiven Protesten. Ich sehe es als Aufgabe der Staatsregierung an, eine verantwortungsvolle Informationspolitik zu betreiben und die Bevölkerung nicht zu verunsichern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ministerpräsident Horst Seehofer: Das sagen die GRÜNEN!)

- Herr Seehofer, ja, das sagen die GRÜNEN. Wir stellen uns der Debatte. Wir gehen hinaus, stellen uns hin und erklären das. Mittlerweile war ich bei 30 oder 40 Veranstaltungen und habe es stundenlang erklärt. Wo ist Ihr Beitrag? Den vermissen wir wirklich sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir verfolgen die aktuelle Diskussion über die Verlängerung der Nord-Ost-Achse Richtung Ostsee. Ursprünglich sollte sie in einer zweiten Stufe erfolgen. Jetzt wird darüber diskutiert, ob die Verlängerung direkt in der ersten Stufe erfolgt. Das kann durchaus sinnvoll sein. Darüber sollte man nachdenken. Die Bundesnetzagentur hat gesagt: Solange dort oben noch nicht die Kapazitäten vorhanden sind, werden wir das erst in einem zweiten Schritt machen. Das erscheint mir jetzt sinnvoller. Uns muss jedoch klar sein, dass wir den Braunkohlestrom nicht aus dem Netz bekommen, indem wir eine Leitung nicht bauen. Wenn wir den Import von Braunkohlestrom verhindern wollen, müssen wir den Tagebau beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen endlich einen Preis für CO₂-Zerifikate erzielen, der auf dem Markt relevant ist. Ich spreche von 40 Euro. Das machen andere Länder Europas bereits vor. An diese Stellschrauben müssen wir heran, wenn wir den Klimaschutz wirklich ernst nehmen. Ich hoffe, dass dies alle in diesem Raum tun. Das sind unsere großen Herausforderungen in den nächsten Jahren: Raus aus Atom. Und in einem zweiten Schritt: Raus aus der Braunkohle. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt hat Frau Staatsministerin Aigner das Wort.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um die Debatte in einem Satz zusammenzufassen: Die Bayerische Staatsregierung lehnt die Gleichstrompassage Süd-Ost ab.

(Beifall bei der CSU)

Eigentlich könnte man die Debatte an dieser Stelle beenden. Nachdem sie jedoch ein etwas größeres Ausmaß angenommen hat, werde ich gerne zu ein paar Punkten zusätzlich Stellung nehmen.

Warum lehnen wir die Passage ab? Wir haben übrigens sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat über einen Netzentwicklungsplan abgestimmt, der zum Austausch erneuerbarer Energien vorgesehen war. Das kann ich hier nicht erkennen. Das ist einer der Hauptgründe, warum wir die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieser Trasse bezweifeln. Wir lehnen sie deshalb ab. Aus diesem Grund haben wir die Planungen eingestellt. Sie wissen, dass die Planungen auch auf Intervention der Bayerischen Staatsregierung nicht weiter verfolgt worden sind. Das haben wir in unserer Stellungnahme zum Bundesnetzentwicklungsplan noch einmal dokumentiert.

Herr Präsident, mit Verlaub, ich zitiere die Stellungnahme noch einmal: Wir lehnen die vorgeschlagene Gleichstromtrasse Süd-Ost ab. Wir halten die Trasse für unzweckmäßig und nicht mit dem Ziel des überregionalen Austausches von Strom aus erneuerba-

ren Energien im Einklang. Energiewende heißt für uns: Ersatz von Kernenergie durch erneuerbare Energien. Das ist der zukunftsfähige Weg. Die Planungen für diese Trasse können aus bayerischer Sicht nicht weiterverfolgt werden. - Diese Stellungnahme haben wir gegenüber der Bundesregierung zum Netzentwicklungsplan abgegeben.

Die nächste Frage: Brauchen wir generell Trassen? – Ja. Deshalb steht die Bayerische Staatsregierung zum Beispiel zu der Thüringer Strombrücke. Wir brauchen sie, weil wir einen Ausgleich im Gebiet der ehemaligen DDR brauchen. Früher hat es dort keine Verbindungen gegeben, sodass die Netze total überlastet sind. Wir werden wie beim Sümlink einen Austausch von der Küste her brauchen, um den Strom nach Bayern zu transportieren. Dort geht es um Windenergie. Deshalb muss man zwischen den Stromtrassen etwas differenzieren.

Die nächste Frage: Wo stehen wir? - Liebe Frau Kohnen, es existiert ein Plan, den Sie auch bekommen werden. Es ist aber sinnvoll, diesen zu überarbeiten, wenn die neue gesetzliche Grundlage mit dem EEG, die Herrn Stümpfig nicht so gut gefällt, im Bundestag und im Bundesrat beschlossen ist. Das war sinnvoll und notwendig. Dazu sage ich noch ein paar Takte. Erst nach Abschluss des Verfahrens in Bundestag und Bundesrat werden wir eine überarbeitete Fassung vorlegen. Ich sage Ihnen: Wir sind sehr gut im Plan.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die 10-H-Regelung wollen Sie durchbringen!)

Wir befinden uns beim Ausbau voll im Plan. Wir sind in der Planung viel weiter als der Bund. Das kann ich immer wieder sagen. Wir liegen bei 36 %. Die 10-H-Regelung ist eine praktikable Lösung, wenn die Kommunen vor Ort entscheiden können. Ehrlich gesagt verstehe ich in diesem Fall überhaupt nicht, warum die Länder dem nicht zustimmen konnten. Denn kein Land muss, aber es kann. Wenn jedes Land entscheiden kann, hat das etwas mit Föderalismus zu tun. Deshalb verstehe ich das nicht. Es handelt sich jedoch nicht um ein zustimmungspflichtiges Gesetz. Insofern werden wir die-

sen Weg weitergehen. Wir werden das umsetzen. Die Kommunen werden in voller Verantwortung und im großen Konsens mitmachen.

Zur nächsten Frage: Das EEG musste reformiert werden. Wir haben auf die Kosten zu achten. Wir müssen mehr Marktorientierung einführen. Mit Verlaub, auf Dauer können wir nicht immer nur Strom produzieren, egal ob wir ihn brauchen oder nicht. Wir brauchen mehr Marktorientierung. Wir brauchen auch eine Regelung – das ist der nächste Schritt – für die Zeiten, in denen weder Sonnen- noch Windenergie zur Verfügung steht. In diesen Zeiten müssen wir die Versorgung sichern. Deshalb brauchen wir Kapazitätsmärkte. Bundesminister Sigmar Gabriel hat zugesagt, eine EEG-Reform im ersten Halbjahr vorzulegen. Wir brauchen nicht nur den sogenannten "Energy-Only-Markt", sondern auch Kapazitätsmärkte, damit sich die permanente Produktion einer grundlastfähigen Energie überhaupt noch lohnt. Momentan schalten die Unternehmen alle ab und müssen in die Notfallreserve aufgenommen werden, damit wir die Stromversorgung sicherstellen können. Bei der Reform handelt es sich um ein Gesamtkonzept, das wir im Einvernehmen mit unserem Koalitionspartner auf Bundesebene vorantreiben werden. Dementsprechend bitte ich auch immer um Unterstützung von unseren Freunden in Bayern.

Zum Vorgehen: Lieber Herr Pohl, man kann in den Bundesrat gehen. Ich kann Ihnen jedoch sagen, wie das ausgeht. Dort herrschen ganz klare Länderinteressen. Länder im Osten und das Land Nordrhein-Westfalen haben sehr großes Interesse daran, ihren Kohlestrom an uns zu liefern. Das ist offensichtlich. Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit, in diesem Punkt einen Erfolg zu erringen, übersichtlich. Deshalb ist es gut, dass der Parteivorsitzende der CSU mit der Parteivorsitzenden der CDU und dem Parteivorsitzenden der SPD als Koalitionspartner verhandelt hat. Ich werde auf Bundesebene weiterverhandeln. Wir werden dort eine Änderung vornehmen, wo es entschieden wird, nämlich auf Bundesebene. Dort können wir es über den Koalitionspartner einbringen. Das ist eine vernünftige Herangehensweise.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle fest: Wahrscheinlich sind wir uns im Ziel einig, für den Weg haben wir jedoch unterschiedliche Vorgehensweisen. Ich glaube, dass unser Weg der effektivere und sinnvollere ist. Wir werden Erfolg haben. Das kann ich Ihnen zusichern.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Staatsministerin, einen Moment bitte. Uns liegt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Aiwanger vor.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Aigner, Sie haben gesagt, dass Sie diese Trasse ablehnen. Wir schreiben in unserem Antrag: Wir fordern Sie auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, diese Trasse aus dem Bundesbedarfsplangesetz zu streichen. Das muss doch das Ziel sein. Erwarten Sie, das auf einem anderen Weg zu schaffen, als mit der Streichung im Bundesbedarfsplan?

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sie haben uns aufgefordert, über den Bundesrat tätig zu werden. Das wird nicht funktionieren. Wir haben die Stellungnahme, die ich vorhin vorgelesen habe, abgegeben. Ich will die Stellungnahme nicht noch einmal vortragen. Das ist unsere Stellungnahme. Wir werden das über den Koalitionsvertrag bzw. über den Koalitionspartner durchsetzen – ganz einfach.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge getrennt. Wir werden jetzt vier namentliche Abstimmungen durchführen.

Zunächst stelle ich den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/2196 zur Abstimmung. Wenn die Urnen bereitgestellt sind, eröffne ich die Abstimmung. Für die erste namentliche Abstimmung haben Sie fünf Minuten, für alle weiteren drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15.49 bis 15.54 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis draußen zu ermitteln. – Meine Damen und Herren, dann kommen wir zur nächsten Abstimmung. Das ist der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/2209. Das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit, meine Damen und Herren.

(Namentliche Abstimmung von 15.55 bis 15.58 Uhr)

Ich schließe diese Abstimmung. Jetzt kommen wir zur dritten Abstimmung. Das ist der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/2210. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 15.59 bis 16.02 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe diesen Abstimmungsvorgang. Wir kommen zur vierten Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/2211. Das ist der Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Namentliche Abstimmung von 16.03 bis 16.06 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Ergebnisse draußen zu ermitteln. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Höchstspannungsleitung Lauchstädt – Meitingen aus dem Bundesbedarfsplangesetz streichen", Drucksache 17/2196. Mit Ja haben 22 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 141, Stimmenthaltungen gab es keine. - Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich komme nun zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Erwin Huber, Freller und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Erforderlichkeit neuer Stromtrassen prüfen – Ablehnung der Gleichstrompassage Süd-Ost", Drucksache 17/2209. Mit Ja haben 96 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 17, Stimmenthaltungen gab es 46. - Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich komme zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Kohnen, Karl und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Stromversorgung in Bayern neu bewerten", Drucksache 17/2210. Mit Ja haben 51 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 105, Stimmenthaltungen gab es 6. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich komme zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Dr. Magerl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Debatte über den Netzausbau versachlichen – Energiewende und Versorgungssicherheit nicht durch populistische Energiepolitik gefährden", Drucksache 17/2211. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 104 Abgeordnete, Stimmenthaltungen gab es keine. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Höchstspannungsleitung Lauchstädt - Meitingen aus dem Bundesbedarfsplangesetz streichen (Drucksache 17/2196)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin		X	
Bauer Volker		X		Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian		X		Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut		X		Hiersemann Alexandra		X	
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin		X		Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Martin		X	
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie			
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina		X					
Felbinger Günther	X			Kamm Christine		X	
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus		X		Karl Annette		X	
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert				Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus		X		Kohnen Natascha		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia		X	
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	22	141	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Erwin Huber, Karl Freller u. a. und Fraktion CSU; Erforderlichkeit neuer Stromtrassen prüfen - Ablehnung der Gleichstrompassage Süd-Ost (Drucksache 17/2209)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst			X
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian			X
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina			X
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			X
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin			X
Güller Harald			X
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			X
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther			X
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			X
Kränzle Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert			X
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth			X
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			X
Wild Margit			X
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			
Gesamtsumme	96	17	46

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion SPD; Stromversorgung in Bayern neu bewerten (Drucksache 17/2210)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin		X		Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Gottstein Eva		X	
Bauer Volker		X		Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim		X	
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold		X	
Brunner Helmut		X		Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp				Huber Erwin			X
Eck Gerhard		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Martin		X	
Eisenreich Georg		X		Huber Thomas		X	
Fackler Wolfgang		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X		Huml Melanie			
Fehlner Martina	X			Imhof Hermann		X	
Felbinger Günther		X		Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus	X			Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
				Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	51	105	6

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Debatte über den Netzausbau versachlichen - Energiewende und Versorgungssicherheit nicht durch populistische Energiepolitik gefährden (Drucksache 17/2211)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva		X	
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	52	104	0